

Ein Dokument kollektiven Versagens

Dublin-Verordnung... Ist es nicht ein besonders zynischer Fall von Geschichtsvergessenheit, dass das Dokument, welches den Geburtsfehler einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik in Paragrafen fasst, ausgerechnet den Namen der irischen Hauptstadt trägt, der Hauptstadt jenes europäischen Landes also, das in seiner Geschichte viele Millionen Flüchtlinge in die ganze Welt sandte; Wirtschaftsflüchtlinge. Als solche würden sie heute bezeichnet und zurückgeschickt, denn Hunger ist kein Asylgrund. Aber irgendwie passt das gut zu diesem Dokument kollektiven Versagens.

Die in der Verordnung festgelegte Regel, dass immer jener Dublin-Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, den der Asylbewerber als erstes betreten hat und deswegen weitergereiste Asylbewerber in ihre Ankunftsländer zurückgeschoben werden dürfen, ist von so offensichtlicher Dysfunktionalität und mangelnder Fairness, dass man sich nur wundern kann, wie sie, – im Grundsatz unverändert – vom ursprünglichen Dubliner Übereinkommen von 1990 bis zur Dublin III-Verordnung vom letzten Jahr überdauern konnte. Die Last, die dabei den südlichen Grenzstaaten aufgebürdet wird, jenen Ländern, die sowieso von der Finanz- und Wirtschaftskrise gebeutelt sind, ist eine doppelte, denn es werden dabei nicht nur die bereits am Anschlag stehenden oder im Fall von Griechenland bereits kollabierten Sozialsysteme überlastet; es wird zusätzlich Druck auf diese Staaten ausgeübt, ihre Ausgrenzen mit aller Macht und Härte zu verteidigen.

Die Dublin-Verordnung versagt also offensichtlich auf zwei unterschiedlichen Ebenen. Zum einen ist sie ein Zeugnis mangelnder innereuropäischer Solidarität und Fairness. Die wohlhabenden nord- und mitteleuropäischen Staaten schieben ihre Verantwortung an die südlichen und östlichen Grenzstaaten ab. Dieser Vorgang ist symptomatisch und besorgniserregend. Wie sollen wir ein Gefühl der Solidarität und der Fairness gegenüber Asylsuchenden aus fernen Ländern entwickeln, wenn wir noch nicht einmal in der Lage sind, ein solches gegenüber unserer europäischen Nachbarn aufzubringen?

Zum anderen aber, und das wiegt viel schwerer, führt die Dublin-Verordnung zu dramatischen Konsequenzen für die Asylsuchenden. An den abgeriegelten Aussengrenzen kommt es zu völkerrechtswidrigen Push-Back-Aktionen und Verletzungen der Non-Refoulement-Regel. Die Schutzsuchenden werden zu illegalen Grenzübertritten,



**Solidarité
sans
frontières**

**BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

NR. 3, SEPTEMBER 2014

WWW.SOSF.CH



Die Bilder dieses Bulletins zeigen Szenen der im Juni 2014 in Bern und Lausanne stattgefundenen Demonstrationen für die Rechte der MigrantInnen sowie der Besetzung des EVAM, der für die Unterbringung von Asylsuchenden und für die Nothilfe zuständigen Stiftung des Kantons Waadt.

Hier : Demo «Power to the people», Bern, 28. Juni 2014

lebensgefährlichen Routen und in die Hände von Schleppern gedrängt. Im Innern Europas werden sie zur Verschiebemasse; an den Rändern zu Gestrandeten ohne staatlichen Schutz und Hilfe.

Wie unfair und willkürlich, ja, im Grunde genommen absurd die Dublin-Verordnung ist, lässt sich am besten an den unterschiedlichen Anerkennungsquoten ablesen. So entschied 2005 – und das ist nur eines von vielen möglichen Beispielen – eine Distanz von 65 Kilometer für tschetschenische Flüchtlinge über die Chance für ein neues Leben. Wer in Wien seinen Asylantrag

Fortsetzung auf Seite 2, links oben >>

**Gegen Grenzen: Seiten 2-3
Marsch für
die Freiheit**

Europa von links unten (30)

**Von Swissness
und Nationalismus**

Seite 4

Zur Revision des
Bürgerrechtsgesetzes

**Eine Frage
der Solidarität**

Seiten 5-8

Vor der Ecopop-Abstimmung
– Dossier

» Fortsetzung von Seite 1

stellte, hatte eine Chance von 90 Prozent, anerkannt zu werden, während im benachbarten slowakischen Bratislava 99 Prozent der Tschetschenen abgewiesen wurden.

Sicher, es ist zu begrüßen, dass die Staaten Europas begriffen haben, dass eine gemeinsame Asylpolitik unumgänglich ist. Die Dublin-Verordnung allerdings ist beinahe in jeder Hinsicht ein Irrweg und ein radikaler Neuanfang, hin zu einer solidarischen, gerechten, verantwortlichen und menschlichen Asylpolitik tut not. Etwas vom wenigen, was wir vielleicht beibehalten sollten, ist der Name: Dublin... der könnte uns doch daran erinnern, dass einst Millionen von Europäern in der ganzen Welt Schutz vor Hunger, Armut, Krieg und Verfolgung gesucht haben.

Jonas Lüscher
(Der Autor ist Schriftsteller und lebt in München)



«Power to the people»: Über Tausend Personen beteiligten sich an der Demo.

500 KILOMETER PROTESTMARSCH DURCH EUROPA

Gegen Grenzen – für die Freiheit

Am 17. Mai 2014 überschritten die AktivistInnen des transnationalen Protest March for Freedom die Grenze von Kehl (Deutschland) nach Strassburg (Frankreich) – 500 Kilometer und drei weitere Grenzübertritte standen ihnen bevor: ein Bericht aus der (notwendigerweise limitierten) Perspektive eines solidarischen Unterstützers.

Die Route führte die circa 100 TeilnehmerInnen des Protestmarsches, «die die gemeinsame Wut gegen die rassistische Migrationspolitik der EU teilen», durch verschiedene Nationalstaaten, Regionen, entlang von Autobahnen, Landstraßen, durch Dörfer und Städte, im Trockenen (und glücklicherweise eher selten) im Regen. Um das Ziel pünktlich zu erreichen, musste täglich ein Pensum von 15-20 Kilometern zurückgelegt werden. Genauso vielfältig wie die Route waren die Nachtquartiere: Turnhallen mit warmer Dusche, Sportplätze, grüne Wiesen im Nirgendwo, Stadtparks und, im schlechtesten Fall, auch Mal ein Parkplatz. Unterwegs sorgten solidarische Volksküchen aus den verschiedensten Teilen Europas und ein perfekt ausgerüstetes Logistikteam für grossartige Mittag- und Abendessen sowie ein bezauberndes Protestcamp – leider nicht immer mit dem Mass an solidarischer Unterstützung, das dafür eigentlich nötig gewesen wäre.

Abolish Borders from Below!

Unsicherheit bestand im Vorfeld in Bezug auf die Grenzübertritte: Während die UnterstützerInnen als Geste der Solidarität zum Grossteil darauf verzichteten, Ausweisdokumente bei sich zu tragen, hatten die meisten Asylsuchenden, Geflüchteten und undokumentierten MigrantInnen keine Wahl: Ihr Protest bestand gerade darin, sich die Bewegungsfreiheit zu nehmen, die ihnen in Europa nicht zugestanden wird. Hier wird die enorme Ungleichheit deutlich, die mich als solidarischen Unterstützer von den TeilnehmerInnen ohne sicheren Status unterschied – trotz der emphatisch betonten Kollektivität, aus der der Protestmarsch auf dem Weg viel Energie ziehen konnte. Die diametral verschiedenen Ausgangsbedingungen wurden in den Wochen des Marsches wieder und wieder erkennbar – und so lassen sich die Aspekte des konfrontiert Werdens mit sowie des Überschreitens und des Aushandelns von Grenzen nicht nur auf die

physische Bewegung beziehen, sondern auch metaphorisch lesen.

Während also viele Unterstützende sich auf die Grenzübertritte oder die Aktionswoche in Brüssel als Happening fokussierten, war für die nicht-privilegierten AktivistInnen oft schon der pure Akt der Bewegung (trotz Residenzpflicht, Abschiebebescheid und Dublin III) ein Moment des Empowerments und der Gefahr zugleich.

Entgegen anderslautender Befürchtungen kam es bei den Grenzübertritten selbst zu keiner grösseren Störung durch die Polizei, und auch auf dem Protestmarsch hielt sich die Polizeipräsenz eher in Massen. Offensichtlich versuchte man, «negative Bilder» vor geladener Presse zu verhindern. Diese sollten sich allerdings in Luxemburg und Brüssel ohnehin noch ergeben.

Ausflug nach Schengen-Disneyland

Besonders eindrucksvoll war der Aktionstag im luxemburgischen Schengen, das an der Mosel und damit an der Grenze zu Deutschland liegt. Als Unterzeichnungsort des gleichnamigen Abkommens ist der kleine Ort zu einem absurd anmutenden Schengen-Disneyland umgebaut worden: Zahlreiche Denkmäler und ein stattliches Museum feiern das Schengener Abkommen als

«Ich möchte, dass sie uns wahrnehmen, wie sie andere Menschen wahrnehmen. Auch wir sind Menschen wie alle anderen, die sie sehen. Wir möchten respektiert werden, so wie sie sich gegenseitig respektieren. Wir brauchen dieselben Rechte wie andere Menschen oder wie ihre Nachbarn. Und sie nennen uns nicht beim Namen, sie nennen uns nur «Flüchtlinge». Wir können nichts in diesem Land tun – in dem Land, in dem wir leben. Wir sind Menschen wie sie. Kein Geflüchteter ist schuld daran, dass er kommen musste. Wir kommen hierher, weil wir Schwierigkeiten haben. Ohne Schwierigkeiten würdet ihr keine Geflüchteten in den Ländern Europas sehen. Daher brauchen wir den Respekt, wir brauchen die Rechte, wir brauchen alles Wichtige, was man braucht, um wie ein Mensch zu sein.»

Hassan

«Wir fordern von den europäischen Ländern und von der EU im Allgemeinen. Genug ist genug! Es ist an der Zeit zu realisieren, dass die Rechte uns gegeben werden müssen. Ihr wisst welche Rechte das sind: das Recht der Bewegung. Wir müssen uns als Menschen fühlen, indem wir Bewegungsfreiheit bekommen. Stoppt Dublin, stoppt Deportationen, stoppt die Isolationen von Menschen, indem sie keine Rechte bekommen zu studieren oder zu arbeiten, das Recht auf Privatsphäre, und stoppt den Hass. Der Wandel kommt sowieso. Lasst es passieren, versucht es nicht zu blockieren. Während wir jetzt marschieren, ist es der erste Schritt unsere Rechte wiederzuerlangen. Wir sind hier und beobachten euch, jederzeit, jeden Tag, jede Minute, jede Sekunde.»

Napuli

*«Yaşasin özgürlük!
Es lebe die Freiheit!
Vive la Liberté!
Long live Freedom!»*

Ayhan

Europäische Erfolgsgeschichte, kritische Stimmen gibt es nicht. Nichts lag also näher, als die Realitäten der Migration nach Schengen zu bringen, wenigstens für einen Tag. Die Mosel, auf der die Verträge auf einem Ausflugsboot unterzeichnet worden waren, überquerten die AktivistInnen per Schlauchboot. Der Fluss spülte (kunst-)blutüberströmte Menschen an den Museumspier; die Denkmäler wurden mit Stacheldraht umwickelt und Listen von im Mittelmeer Vermissten an die Wände gekleistert – eine eindrucksvolle Inszenierung der realen

Brutalität von Frontex und des Europäischen Grenzregimes.

Repression in Luxemburg

Mit ebendieser Brutalität wurden die AktivistInnen dann allerdings postwendend in Luxemburg konfrontiert. Die friedliche Blockade am Gebäude, in dem zeitgleich ein Treffen der Europäischen Innenminister zu Fragen der Migrationspolitik stattfand, wurde brutal von der Luxemburgischen Polizei aufgelöst. Zahlreiche TeilnehmerInnen wurden durch Pfefferspray, Polizeihunde und Schläge verletzt, elf sogar vorübergehend festgenommen. Alle Betroffenen konnten den Marsch jedoch fortsetzen.

Die Aktionswoche in Brüssel

Nach fünf Wochen erreichte der March for Freedom dann Brüssel, das Herz der EU-Bürokratie. Das Protestcamp wurde in einem Park hinter dem Gare du Nord aufgeschlagen und wuchs zwischenzeitlich auf bis zu 400 TeilnehmerInnen an. Zahlreiche Kollektive schlossen sich dem Protest ausschließlich für die Aktionswoche an, die aus grösseren und kleineren Demonstrationen, dezentralen Aktionen und Workshops bestand.

Vor allem aber stellte Brüssel einen Raum dar, in dem sich die verschiedenen Realitäten der Migration in Europa auf engstem Raum verdichteten: die hermetisch durch Sicherheitszonen abgeschlossenen Glasbauten der Brüsseler EU-Technokratie; die Migrationsbehörde am Rande des Protestcamps, von der aus täglich Menschen mit Vans in Ausschaffungsgefängnisse gefahren werden (einige dieser Transporte konnten von AktivistInnen blockiert werden); die unterschiedlichen Hintergründe und Horizonte der verschiedenen TeilnehmerInnen, die eine (nicht immer gelingende) Übersetzungsarbeit nötig machte; und die drohende Räumung der von Flüchtlingen besetzten Schule in der Berliner Ohlauerstraße, die die Gewaltförmigkeit Europäischer Migrationspolitik in den letzten Tagen der Aktionswoche noch einmal überdeutlich ins Zentrum des Brüsseler Geschehens rückte.

Es wäre problematisch an dieser Stelle eine politische Bewertung des March for Freedom wagen zu wollen. Deshalb schliesse ich mit drei Statements von TeilnehmerInnen des Protests. Viele Weitere sind auf dem Blog des Protestmarsches zu finden (siehe Kasten).

Veit Schwab
(Mitglied des Netzwerks Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, www.kritnet.org)

Europa von links unten (30)

PROTEST MARCH FOR FREEDOM

Der transnationale Protestmarsch führte im Mai und Juni 2014 über 100 Asylsuchende, Geflüchtete, Sans-Papiers und andere MigrantInnen aus vielen Europäischen Ländern sowie solidarische Unterstützende von Strassburg bis nach Brüssel. Dort mündete der Marsch in ein einwöchiges Protestcamp mit bis zu 400 Teilnehmenden.

Ausgehend von Kehl (Deutschland) führte die 500 Kilometer lange Wegstrecke, die zu Fuss zurückgelegt wurde, über Frankreich, Deutschland und Luxemburg nach Belgien, und damit über vier Grenzen. Grössere Demonstrationen fanden in Kehl, Strassburg, Saarbrücken, Schengen, Luxemburg und Brüssel statt. An der Planung und am Marsch beteiligt waren in Deutschland, England, Frankreich, Italien, Tunesien, England und den Niederlanden basierte AktivistInnen – mit und ohne Status.

Der Marsch startete pünktlich zu den Wahlen zum Europäischen Parlament Anfang Mai und endete in der Woche des Treffens des Europäischen Rates, der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten, Ende Juni.

Die zentralen Forderungen des Protestbündnisses sind: Bewegungsfreiheit und freie Wahl des Wohnsitzes für alle Asylsuchenden, Stopp der Dublinfalle und der Zwangsunterbringung in Lagern in Europa, dauerhafte Aufenthaltspapiere ohne Kriterien, Stopp der Inhaftierung und Ausschaffungen von MigrantInnen, gleiche Arbeitsbedingungen für Alle, gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte für Alle, Recht auf Bildung und auf Arbeit, Stopp der imperialistischen Politik Europas, keine Freihandelsabkommen und NATO-Kriege sowie die Abschaffung von Frontex, Eurosur und anderen Anti-Migrationspolitiken und -Massnahmen.

Eine ausführliche Dokumentation, Fotos, Berichte und eindrucksvolle Statements von TeilnehmerInnen finden sich auf dem Blog des March for Freedom 2014: freedomnotfrontex.noblogs.org

ZUR REVISION DES BÜRGERRECHTSGESETZES

Von Swissness und Nationalismus

Mittels Totalrevision des Bürgerrechtsgesetz hat das Parlament Mitte Juni die schweizerische Einbürgerungspraxis verschärft. Der Entscheid offenbart nationalistische Abgründe.

Am Ende blieb den Grünen und der SP wieder einmal nur der Protest. Mehrmals war das Geschäft zwischen National- und Ständerat hin und her gegangen. Noch bis kurz vor Schluss schien es, als könnte eine «unheilige Allianz» zwischen der Parlamentslinken und der SVP die Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes zum Absturz bringen. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht: In der Einigungskonferenz fiel der Entscheid einmal mehr nach dem in Migrationsfragen üblichen Muster: Die Parteien der bürgerlichen Mitte verhalfen der SVP zum Durchbruch.

Während der gesamten Debatte zeigten sich die Mitteparteien erneut und sehr gerne bereit, den ihnen so unliebsamen MigrantInnen aus Drittstaaten eins auszuweichen: Unter dem Strich bringt die Gesetzesrevision zwar für alle MigrantInnen höhere Hürden zur Erlangung des Schweizer Passes, insbesondere tut sie dies aber für (ehemalige) Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen. Eine Niederlassungsbewilligung ist neu ebenso Voraussetzung zur Einbürgerung wie eine «erfolgreiche Integration». Letztere ist zwar nicht messbar, doch die vielerorts bestehenden Integrationsvereinbarungen oder auch andere Instrumente gaukeln Messbarkeit vor. Auf der Haben-Seite der Revisionsbeschlüsse steht eine Harmonisierung der kantonalen Praxis. Dies könnte immerhin das Ende der reichlich willkürlichen, kantonalen Wartezeiten bedeuten.

Echte SchweizerInnen werden geboren

Glücklicherweise stossen die materiellen Veränderungen der Revision kaum jemanden ins direkte Elend, wie dies beispielsweise bei Verschärfungen des Asylgesetzes jeweils der Fall ist. In der Einbürgerungsfrage ist es mehr die Metaebene, die zählt. Auf dieser Ebene erzählt uns das Parlament, dass die Erlangung des Schweizer Passes ein Privileg sei, dessen man sich als würdig zu erweisen hat. Deshalb müssen bereits die

verfahrenstechnischen Hürden hoch und höher und der Weg zur Einbürgerung lang und länger sein. Doch die wahrlich unüberwindbare Hürde steckt erst im Wertekodex, der den technischen Voraussetzungen zu Grunde liegt, und die wahre Definition von «würdig sein» offenbart. Dieser Wertekodex

«Swissness fördert gerade zu die Denke, dass nicht nur Schweizer Produkte «besser» seien, sondern auch Schweizer an sich.»

beinhaltet ein diffuses Zusammenspiel aus übersteigertem Patriotismus, Nationalismus, vermeintlicher Einzigartigkeit und xenophober Arroganz. Er stützt sich unausgesprochen auf «typisch schweizerische Werte», idealisiert dieselben und spricht den einbürgerungswilligen

Personen faktisch auf Leibzeit die Fähigkeit ab, sich diese Werte anzueignen und zum «echten» Schweizer zu werden. Sprachliche Monster wie der «Papierlischweizer», der «Schweizer mit Migrationshintergrund» oder auch die Unterscheidung zwischen «Schweizern und Eidgenossen» sind Ausdruck dieser unsäglichen Denkweise. Übersetzt man sie in die Realität, so bedeuten sie nichts anderes als dies: «echte» Schweizer werden geboren – und zwar ausschliesslich als Kinder von «echten» Schweizer Eltern.

Sonderfall Schweiz und Swissness

Natürlich ist diese Denkweise (ultra)nationalistisch und stammt auch von einer ultranationalistischen Partei. In ihrem Positionspapier zum mythisch angehauchten «Sonderfall Schweiz» formuliert die SVP denn auch den nationalistischen Wertekodex, in dem die «typisch schweizerischen Werte wie Zuverlässigkeit, Bescheidenheit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit und Fleiss traditionell für das Wesen der Schweizerinnen und Schweizer stehen.» Die Überhöhung dieser Werte finden wir aber nicht nur bei der SVP und ihrer Berufung auf den historischen Unsinn des Sonderfalls Schweiz, sondern auch in einer seiner moderneren und viel breiter unterstützten Ableitungen: der Swissness.

Swissness etablierte sich Ende der 1990er Jahre als Marke für Schweizer Export-

produkte. Dabei bediente sie sich positiv konnotierter Begriffe wie «Fairness, Präzision, Zuverlässigkeit, politische Stabilität, Natürlichkeit, Genauigkeit und Sauberkeit». Das Schweizer Kreuz als Swissness-Brand wurde (höchst erfolgreich) zum Wohlgefühlssymbol, zum trendigen Emblem – und plötzlich auch im Inland omnipräsent. Heute gibt es kein Vorbeikommen mehr an «Schweizer Fleisch» im Coop oder Migros. Lokale Schweizer Produkte boomen, Label wie «aus der Region» werden beim täglichen Einkauf immer mehr zum «must have». Jenseits der Debatten über Deklarationspflicht, Konsumentenschutz und ökologische Fussabdrücke muss man deshalb im Kontext von Swissness auch darüber sprechen, dass uns 15 Jahre Swissness die Vorstellung brachten, Schweizer Produkte seien grundsätzlich «besser». Und dass sich eine solch omnipräsente Konsumideologie nicht auch auf die identitäre Debatte im politischen Kontext ausweitet, ist beinahe unmöglich. Niemand bleibt davon unbeeinflusst. Swissness fördert geradezu die Denke, dass nicht nur Schweizer Produkte «besser» seien, sondern auch Schweizer an sich.

Genau diese Denke fanden wir in der Revision des Bürgerrechtsgesetzes wieder. Von rechts bis halblinks wurde sie mit einem teils bewusst, teils unbewusst übersteigertem nationalen Selbstbewusstsein betrieben. Stets lautete der Hintergedanke: «Eigentlich sind wir eben schon etwas besser als alle anderen.» Das ist das eigentlich Furcht einflössende an diesem neuen Gesetz.

(Ca)

Vorbereitung auf die Besetzung des EVAM, Lausanne 11. Juni 2014



VOM ÜBERFREMUNDUNGS- ZUM ÜBERBEVÖLKERUNGSWAHN

Vor der Ecopop-Abstimmung

Am 30. November sollen die Stimmberechtigten erneut darüber entscheiden, wie viele Ausländer die Schweiz verträgt. Dabei hat der Streit darüber, wie die «Masseneinwanderungsinitiative» der SVP umzusetzen sei, gerade erst begonnen.

«Die Schweiz soll viel stärker auf Kurzaufenthaltsbewilligungen setzen, die keinen Anspruch auf Niederlassung, auf Familiennachzug oder auf Sozialleistungen geben. Wer in saisonalen Branchen arbeitet, kehrt wieder heim, sobald er seine Dienstleistung erbracht hat.» Das Statement, das SVP-Präsident Toni Brunner am 9. Februar der NZZ gab, macht deutlich, wie die Rechtsausserpartei die MigrantInnen am liebsten sähe: als rechts- und anspruchlose Arbeitstiere, die wieder verschwinden, wenn sie nicht mehr gebraucht werden.

Die Wiedereinführung des erst 2002 abgeschafften Saisonierstatuts hat der Bundesrat zwar vorerst abgelehnt. Dennoch hält sich das im Juni vorgestellte Umsetzungskonzept strikt an den neuen Verfassungsartikel: Sämtliche Arten von Bewilligungen – mit Ausnahme der für Kurzaufenthalte von bis zu vier Monaten – sollen künftig kontingentiert werden. Ende des Jahres will der Bundesrat einen Gesetzesentwurf vorlegen. Klar ist: Die Kontingentierung bedeutet das Ende der Freizügigkeit, die EU hat daher das Neu-Verhandlungsgesuch des Bundesrats ohne viel Federlesen abgelehnt.

Die mit knapper Mehrheit angenommene Initiative sorgt derweil für Absurditäten: Frauen, die die SVP eigentlich zurück an den Herd schicken will, sollen verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden. Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sollen die Landwirtschaft ersetzen. Und die Wirtschaftsverbände kungeln mit der SVP, um diese für eine weniger konsequente Umsetzung ihrer Initiative zu gewinnen.

Eine Frage der Solidarität

Schon der Abstimmungskampf über die SVP-Initiative war ein Triumph der Fremdenfeindlichkeit. Die MigrantInnen schienen für alle Übel der schweizerischen Gesellschaft verantwortlich – vom Lohndruck über steigende Mieten bis zu vollen Zügen. Willig debattierte die Öffentlichkeit über den «Dichtstress». Die Ecopop-Initiative kommt nun leiser daher: Ihre BefürworterInnen verzichten auf



Solidarité sans frontières



Demo «für die Rechte der MigrantInnen», Lausanne, 11. Juni 2014

die üblichen Schuldzuweisungen gegen MigrantInnen. Sie behaupten schlicht, es seien zu viele, die «natürlichen Lebensgrundlagen» seien in Gefahr.

Anders als die SVP will Ecopop keine flexiblen Kontingente, die jeweils den «gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz» anzupassen wären. Die Initiative fordert vielmehr feste Limiten: Die Zuwanderung soll jährlich nicht mehr als 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung betragen dürfen. Das Konzept ähnelt damit den Überfremdungsinstrumenten der «Nationale Aktion» aus den 70er und 80er Jahren oder der im Jahre 2000 abgelehnten 18-Prozent-Initiative des heutigen FDP-Präsidenten Philipp Müller. Der gehört heute zu den GegnerInnen und selbst aus den Reihen der SVP werden die EcopopperInnen als «Birkenstock-Rassisten» tituliert.

Auf diese Phrasen muss man nicht viel geben. Viel wichtiger ist, dass die wirklichen BefürworterInnen der Freizügigkeit nicht denselben Fehler begehen wie im Abstimmungskampf gegen die SVP-Initiative: Es

DOSSIER 3 – 2014
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

SEPTEMBER 2014

EINE FRAGE DER SOLIDARITÄT

Dossier aus dem
Bulletin 3 – 2014

Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
www.sosf.ch

sekretariat@sosf.ch
Fon 031 311 07 70
Fax 031 312 40 45

PC 30-13574-6

UNTER DEM SAISONNIERSTATUT

VERBOTENE KINDER

Marina Frigerios Buch über die Kinder der Saisonniers handelt vom Leben der italienischen ArbeiterInnen in den 70er-Jahren, zur Zeit der Schwarzenbach-Initiativen. Vierzig Jahre danach erleben wir erneut ein Klima des Fremdenhasses. Am 9. Februar 2014 wurde die SVP-Initiative gegen die «Masseneinwanderung» angenommen. Bei den Diskussionen zur konkreten Umsetzung sinnieren die InitiantInnen in den Medien über eine Neuauflage des Saisonnierstatuts: In Zukunft solle die Schweiz möglichst Kurzaufenthaltsbewilligungen ohne Recht auf Familiennachzug erteilen.

Die Konsequenzen solcher Politik sind in Frigerios Buch in erschreckender Klarheit aufgezeichnet. Im ersten Kapitel erläutert die Autorin die Auswirkungen der Einführung des Saisonnierstatuts. Die italienischen Arbeitskräfte kamen in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg in die Schweiz, mussten ihre Familien jedoch in Italien zurücklassen. Einzige Lösung: Sie holten sie illegal hierher und versteckten sie. Was ein solches Leben bedeutete, das erzählen die damaligen versteckten Kinder in den folgenden Kapiteln des Buches selbst. Frigerio hat unzählige von ihnen aufgesucht und das Erzählte niedergeschrieben. Die Einblicke sind schockierend. Nach dem Lesen des Buches ist klar: Schon nur die erneute Diskussion über die Wiedereinführung eines Saisonnierstatuts muss mit aller Kraft bekämpft werden.

«Es ist stickig und düster im knapp zwanzig Quadratmeter kleinen Raum, die Fensterläden bleiben den ganzen Tag über geschlossen. Niemand darf wissen, was sich hier tut. Einer der zwei Buben kriecht beim Anblick der Fremden sofort unter den Tisch. Der andere beginnt zu weinen, und um ihn zu beschwichtigen, legt ihm die Mutter die Hand auf den Mund. Nur keinen Lärm machen, nur nicht gehört werden ... Seit drei Jahren leben sie im Versteckten, allein mit ihrer Angst, entdeckt zu werden.» (Wi)

Frigerio, Marina: **Verbotene Kinder. Die Kinder der italienischen Saisonniers erzählen von Trennung und Illegalität**, Zürich 2014 (Rotpunktverlag), 184 S., 29 Fr.

WOHLSTANDSCHAUVINISMUS UND ÖKOLOGISCH VERBRÄMTER NATIONALISMUS

Nein zu ECOPOP

Ecopop ersetzt den ökologischen Umbau der Schweiz mit dem Kampf gegen Einwanderung.

Keine offen nationalistischen Parolen, keine Schweizerfahnen, keine Hetze gegen Asylsuchende oder «kriminelle Ausländer» – all das, womit sich die SVP auf ihren Plakaten und in ihren Pamphleten regelmässig hervortut, fehlt auf der Homepage von Ecopop. Der Verein gibt sich das Image einer parteiübergreifenden «Umweltschutzorganisation», deren Anliegen es sei, «die Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in der Schweiz und weltweit auch für kommende Generationen zu erhalten», und die sich – so wörtlich – «klar von fremdenfeindlichen und rassistischen Ansichten» distanzieren. Die Darstellung der eigenen Geschichte hat man abgerüstet: In der Chronologie des Vereins tauchen zwar alle möglichen RepräsentantInnen Ecopops seit den 70er Jahren auf – nicht aber ihr jahrelanger Vizepräsident Valentin Oehen, ein Gefährte von James Schwarzenbach und von 1971 bis 1982 Nationalrat der «Nationalen Aktion» (NA). Stattdessen betont man, schon 1985 die NA-Initiative «zur Begrenzung der Einwanderung» abgelehnt zu haben: «ECOPOP bekämpft die Überbevölkerung und nicht die Überfremdung der Schweiz.» Ecopop war schon immer ein menschen- und umweltfreundlicher Verein, so lautet die Botschaft. Auf alle Vorwürfe des «Ökofaschismus» oder «Birkenstock-Rassismus» reagiert die Organisation denn auch mit Strafanzeigen.

Ecopop betont die Wissenschaftlichkeit seiner Positionen. Sehen wir also für einen Moment davon ab, dass Ecopop seine Geschichte und sein ideologisches Umfeld etwas frisier hat, und wenden uns stattdessen der «sachlichen» Argumentation der Ecopopper zu, die sie unter anderem in dem Manuskript eines längeren Vortrag auf ihrer Homepage ausbreitet haben.*

Familie Mustermann

Das Bevölkerungswachstum bedrohe die ökologischen Grundlagen, lautet das Credo

von Ecopop. In Ländern der Dritten Welt seien zwar die «ökologischen Fussabdrücke», die die einzelnen Personen hinterlassen, sehr klein. Allerdings wachse die Bevölkerung rasant und die Biokapazität, die Fähigkeit «eines Ökosystems, nützliche biologische Materialien zu produzieren und durch den Menschen erzeugte Abfallstoffe zu absorbieren», sei sehr gering. Zudem steige in Ländern wie Indien oder China der Lebensstandard, der Konsum nehme zu und damit ebenso der «ökologische Fussabdruck».

Auch die Bevölkerung der Schweiz lebe über ihre Verhältnisse. Verdeutlichen will Ecopop das anhand eines Beispiels, das Bände spricht: «Eine dreiköpfige Familie, lebend in der Schweiz in einer 110 m² Mietwohnung in einem Mehrfamilienhaus mit Baustandard von 2009 und beheizt mit Holzschnitzeln, welche kein Auto fährt, mit dem ÖV zur Arbeit/Schule fährt, keine Ferien ausserhalb

der Schweiz macht, sich vorwiegend von lokalen und saisonalen Erzeugnissen ernährt, zweimal die Woche Fleisch isst und auch sonst sehr bewusst am Minimum konsumiert, 100 Prozent Ökostrom bezieht und nur A++ Elektrogeräte installiert hat und keine Kühltruhe, weist pro Person einen ökologischen Fussabdruck von 1,7 globalen Hektaren (gHa) auf.» Die Biokapazität der Schweiz betrage aber derzeit nur mehr 1,2 gHa und sinke weiter. Ihre ökologischen Fussabdrücke könnten die Mitglieder dieser Musterfamilie aber kaum noch reduzieren. Ansetzen könne man allenfalls «bei der zu beheizenden Fläche, diese ist mit 110 m² aber schon relativ gering für einen Dreipersonenhaushalt. Selbst wenn alle willig wären, sich so zu verhalten wie diese Familie, die Biokapazität würde nicht ausreichen. Und schon gar nicht, wenn es noch mehr Menschen sind.» Und die Gefahr, dass es «noch mehr Menschen» würden, die ihre Fussabdrücke in die schweizerische Landschaft setzen,

«Die Worte Gleichheit und Solidarität kommen bei Ecopop nicht vor; die Verteilungsfrage wird nicht gestellt – weder in Bezug auf die Schweiz noch global.»



«Für die Rechte der MigrantInnen»

Ressourcen verbrauchen und Abfall produzieren, resultiere weniger aus dem Geburtenüberschuss, sondern aus der Zuwanderung, die seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU 2002 stark gestiegen sei.

Nicht willkommen auf der Insel

Bleiben wir noch für einen Moment bei jener «willigen» Familie, die kein Auto und keine Kühltruhe hat und deren Lebensweise uns Ecopop als mustergültig präsentiert: 110 m² Wohnfläche – das sind in der Regel fünf Zimmer mit Küche und Bad. Für eine solche Behausung ist in städtischer Umgebung in der Schweiz je nach Kanton eine Nettomiete zwischen 3000 und 4000 Franken zu veranschlagen. Geht man weiter von der Regel aus, dass die Mietkosten nicht mehr als ein Drittel des Einkommens verschlingen sollen, dann muss unsere Familie ein monatliches Einkommen zwischen 9000 und 12000 Franken nach Hause bringen. Es handelt sich also um eine Familie des «gehobenen Mittelstandes» – und sie hat auch entsprechende Ansprüche: Denn wer sonst käme auf die Idee, eine Fünf-Zimmer-Wohnung als «schon relativ gering für einen Dreipersonenhaushalt» zu bezeichnen? Familie Mustermann – das weiss man auch bei Ecopop – ist eine Fiktion, denn nur wenige Leute in diesem sozialen Segment dürften tatsächlich auf das Auto verzichten. Zudem ist die Zahl der Wohnungen mit einem Baustandard von 2009 recht klein, dafür aber jene der Menschen umso grösser, die sich eine solche Wohnung nicht leisten können, weil sie eben nicht zur oberen Mittelschicht gehören. Dennoch: nicht einmal die fiktive Familie schafft es, ihren ökologischen Fussabdruck auf das für die Biokapazität in der Schweiz erträgliche Mass zu reduzieren.

Die politischen Konsequenzen, die die Herrschaften von Ecopop aus ihrem Beispiel ziehen, laufen aber nicht auf die Forderung hinaus, schnellst möglich einen ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten. Das Ziel der «Umweltschutzorganisation» besteht auch nicht darin, allen Menschen den Zugang zu einem ökologisch erträglichen Lebensstil zu ermöglichen, denn das würde eine Umverteilung erfordern. Die Worte Gleichheit und Solidarität kommen aber bei Ecopop nicht vor; die Verteilungsfrage wird nicht gestellt – weder in Bezug auf die Schweiz noch global.

Die Ecopop-Initiative definiert Probleme des Umweltschutzes zu solchen des Bevölkerungswachstums und der Migration um. Das falsche Versprechen der Initiative lautet: Wir können die Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in der Schweiz sichern, ohne dass diejenigen, die hier leben, ihren Wohlstand, ihren Energieverbrauch und ihre Abfallproduktion merklich einschränken müssen. Wir können die Natur und die Schönheit unserer Landschaften ganz einfach dadurch erhalten, dass wir unter uns bleiben und nur noch ganz wenigen den Zutritt auf unsere Insel erlauben. Und weil wir Menschenfreunde sind, tun wir mit unserer Entwicklungshilfe etwas gegen die Armut in der Dritten Welt. Wir zeigen den Armen, wie sie weniger werden – durch «freiwillige Familienplanung».

So einfach und ganz ohne Schweizerkreuz funktioniert ökologischer Nationalismus (Bu)

*<http://bit.ly/1qctOn8>

MEHR ALS EIN DICKES ARGUMENTARIUM

GRUNDSÄTZLICHE KRITIK AN ECOPOP & CO.

Balthasar Glättli und Pierre-Alain Niklaus wenden sich gegen die Vermischung von Ökologie und Bevölkerungspolitik. Sie stellen dar, in welche letztlich menschenfeindlichen Denktendenzen sich die bevölkerungspolitisch orientierten Ökologen einreihen.

Bereits im 18. Jahrhundert sah Thomas R. Malthus die Menschheit am Abgrund stehen – durch die unkontrollierte Vermehrung der Armen. Anfang des 20. Jahrhunderts sahen Eugeniker und Einwanderungskritiker in den USA und Europa ihre Gesellschaften degenerieren, das Schreckgespenst trug den Namen «Race Suicide». In den 1970er-Jahren liess der Biologe Paul Ehrlich «Die Bevölkerungsbombe» platzen. Ein Buch, das wiederum der Ecopop-Vereinigung Pate stand, die heute mit ökologischer Begründung die Einwanderung in die Schweiz reduzieren will (noch radikaler als die jüngst vom Schweizer Volk angenommene Volksinitiative) und gleichzeitig fordert, dass ein fixer Anteil der Entwicklungshilfe für Familienplanung eingesetzt wird.

Glättli und Niklaus wollen mit ihrem Buch «nicht einfach ein dickes Argumentarium gegen die Ecopop-Initiative» vorlegen. Es geht ihnen ums Grundsätzliche: Den «unheimlichen Ökologen» wird ein Verständnis von Ökologie gegenübergestellt, das die Menschen und ihre Grundrechte ins Zentrum stellt. Es fragt nach der Verteilergerechtigkeit und formuliert eine Kritik an der Ausbeutung von Natur und Mensch. Nicht zuletzt beleuchtet die indische Ethnologin Shalini Randeria die europäischen Bevölkerungsdiskussionen aus der Sicht des Südens.

Balthasar Glättli und Pierre-Alain Niklaus: **Die unheimlichen Ökologen.**

Sind zuviele Menschen das Problem?

Mit Gastbeiträgen von Marcel Hänggi, Annemarie Sancar, Leena Schmitter, Shalini Randeria, Peter Schneider, Geert van Dok, Zürich (Rotpunktverlag) August 2014, 176 S.

Bücher können bei Sosp bestellt werden: sekretariat@sosp.ch, Tel. 031 311 07 70. Normalpreis 25 Franken, Solipreis 30.– oder 50.– (die Hälfte/zwei Drittel der Einnahmen gehen an die Kampagne).

RUEDI WIDMER WILL DER NORDOSTAFRIKANISCHE THOMAS MINDER WERDEN

Die äthiopische Initiative

Ostern, das Fest der Liebe und der Triebe, der Fruchtbarkeit und Vermehrung, wird schweizweit gefeiert. Wie lange noch?

Der Fortpflanzungstrieb ist nämlich seit einigen Monaten höchst umstritten. Es gilt als unstatthaft, Nachwuchs auf die Welt zu stellen, vorausgesetzt, man ist nicht SchweizerIn oder evangelikal auffällig. Schuld an der weltweiten Umweltzerstörung sei der Nachwuchs. Das sagt der Auswuchs. Der wohlgenährte dunkelgrüne in der Schweiz, der mithilfe von Excel-Tabellen genau nachweisen kann, wer schuld ist an der sogenannten Überbevölkerung der Erde.

Massenüberbevölkerung mit Huckedich-testress werden wir bekommen, wenn wir die Ecopop-Initiative nicht annehmen. Diese Initiative macht aber nicht einfach die Schweizer Grenzen dicht wie diejenige der SVP, sondern die Frauen, vorab in der Dritten Welt. Da soll nichts mehr herauskommen, was in Egerkingen oder Flaach später für Probleme sorgt. Deshalb soll die Schweiz einen bemerkenswerten Teil ihrer Ausgaben für die Empfängnisverhütung in der Dritten Welt hergeben. Die Einkindfamilie in Afrika, das ist der Traum der neuen UmweltschützerInnen.

Was noch nicht auf der Welt ist, muss nicht geschützt werden. Die Ökoradikalen überholen damit die Linke, die aus Papsttrotz stets eine liberale vorgeburtliche Haltung einnahm, noch viel weiter links, sodass sie voll auf die rechte Spur gelangen. Nie aber würden die rationalen Ecopopperinnen, deren Bewegung auf dem 1972er-Bericht des Club of Rome basiert, etwas mit den vorembryonalen Menschenschützern der evangelikalen Rechten zu tun haben wollen. Doch sie sind trotzdem im braunen und kolonialistischen Morast gelandet.

Wird die Initiative angenommen, wird das Schweizer Volk direkt demokratisch zum Beispiel Äthiopien vorschreiben, wie viele Kinder die dortigen BürgerInnen noch haben dürfen. Nochmals: Nicht die Uno, die Unicef oder so etwas in der Art wird das sagen; auch nicht die USA, die solche Dinge mit Handelsembargos oder militärisch durchzusetzen imstande sind. Sondern die Schweiz. Welcher Bundesrat wird den Schweizer Volkswillen durchsetzen müssen in Addis Abeba? Vielleicht Adrian Amstutz?

Die Ecopop-Initiative muss also nicht in der Schweiz bekämpft werden, sondern in Addis Abeba. Ich habe bereits mit Politikern über meine Idee gesprochen, inwiefern äthiopische Politiker mit Unterstützung von Schweizer BürgerInnen oder einer Schweizer

Partei in Addis Abeba verfassungskonform eine äthiopische Volksinitiative lancieren könnten, die in der Forderung gipfelt, das äthiopische Volk soll darüber befinden können, ob die SchweizerInnen noch so viel essen dürfen, wie sie es zurzeit tun.

Bei einer Annahme dieser äthiopischen Initiative müssten hierzulande neunzig Prozent der Lebensmittelläden und Gastronomiebetriebe schliessen. Würste, Koteletts, Torten würden verboten. Da wir direkt demokratisch geschult sind und Volksentscheide grossmehrheitlich akzeptieren, werden wir nicht murren, den äthiopischen Volkswillen in der Schweiz umsetzen und eine Diät biblischen Ausmasses in Angriff nehmen. Das würde ganz problemlos verlaufen, ähnlich wie die Umsetzung der Ecopop-Forderungen in Afrika.

Die Zeit für die Unterschriftensammlung ist äusserst knapp, besonders weil in Äthiopien achtzig verschiedene Sprachen gesprochen werden.

Ruedi Widmer,
Cartoonist in Winterthur

(Der Text erschien zuerst in der
WOZ Nr. 16 v.17. April 2014.
Nachdruck mit freundlicher Genehmigung)

KURZ UND KLEIN

WARTEN AUF ANTWORT VOM BFM

Freiheit für O.

Wegen illegalen Aufenthalts sass O. in Haft, als solidarische AktivistInnen am 12. Mai 2014 für ihn ein Wiedererwägungsgesuch beim Bundesamt für Migration (BFM) einreichten – in einem regenbogenfarbenen Couvert. O. ist schwul und kommt aus Nigeria. 2010 hat er einen Nichteintretensentscheid erhalten: Das BFM zweifelte zwar seine sexuelle Orientierung nicht an, hielt aber die Geschichte seiner Verfolgung für nicht glaubwürdig. So oder so könne er nach einer Ausschaffung seine sexuelle Orientierung in Nigeria «diskret ausleben». Eine homophobe Argumentation. Die Lage für Homosexuelle in Nigeria ist in der Zwischenzeit noch bedrohlicher geworden: Im Januar 2014 wurde ein Gesetz erlassen, wonach Personen, die ihre «Liebesbeziehung zu einem Menschen des gleichen Geschlechts direkt oder indirekt öffentlich» zeigen, mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden können.

Nach der Eingabe des Wiedererwägungsgesuchs erliessen die Behörden einen vorläufigen Ausschaffungsstopp für O. Die drei Monate Haft wegen illegalen Aufenthalts musste er dennoch absitzen – teilweise in Isolationshaft, was ihn physisch und psychisch fertig machte. Einen Grund für die Isolierung gaben die Behörden nicht an.

Am Morgen des 16. Juni 2014 wurde O. endlich entlassen. Er erhielt am selben Tag einen N-Ausweis. Als er am Tag danach mit dem Velo zu einem Nachtessen mit Freunden wollte, hielt ihn die Berner Polizei an. Ausweiskontrolle. Er zeigte den Beamten seinen neuen N-Ausweis. Nichts zu machen. Die Polizei nahm ihn mit und er musste eine weitere Nacht in einer Zelle verbringen. Er sei dem Kanton Freiburg zugeteilt, halte sich aber in Bern auf. Diese Begründung ist rechtlich unzulässig, denn mit einem N-Ausweis darf man sich in anderen Kantonen bewegen. Die Polizei nahm ihm sein Handy weg. Er konnte weder seine Freunde noch seinen Anwalt anrufen.

Die Geschichte von O. zeigt die Logiken der Asylmaschinerie: «Diskretes Ausleben» der eigenen sexuellen Orientierung ist eine homophobe Argumentation, die Isolationshaft wegen illegalen Aufenthalts eine Schikane und die Festnahme eines dunklen Mannes mit N-Ausweis auf einem Velo ein rassistischer Akt.

O. lebt momentan zurückgezogen. Er geht trotz N-Ausweis nur mit mulmigem Gefühl auf die Strasse. Er hofft auf eine positive Antwort auf sein Asylgesuch.

(Wi)

Infos: www.libertyforo.tumblr.com

UNTERBRINGUNG ALS STAATLICHE GEWALT

Besetzung des EVAM in Lausanne

Am Morgen des 11. Juni 2014 besetzten vierzig AktivistInnen den neuen Sitz des Établissement Vaudois d'Accueil des Migrants (EVAM) in Lausanne, der für die Unterbringung von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen sowie für die Nothilfe an Abgewiesene zuständigen öffentlich-rechtlichen Stiftung des Kantons Waadt. Mit dieser symbolischen Aktion prangerte das Kollektiv die Gewalt an, die der Staat gegen Flüchtlinge und vor allem gegen die Parias unter den Parias: die abgewiesenen Asylsuchenden, ausübt.

Denn wie sonst soll man die Unterbringungs politik des EVAM bezeichnen, die sowohl Gesundheits- wie auch SozialarbeiterInnen zutiefst schockieren? Verletzliche Personen werden gegen jeden ärztlichen Rat in gesundheitsschädliche Zivilschutzanlagen zusammengepfercht. Asylsuchende werden quasi zur Bestrafung auf die Strasse gesetzt. Familien werden ständig umplatziert – ohne Rücksicht auf den Schulbesuch der Kinder.

«Das EVAM benutzt die Unterbringung als Druckmittel. Asylsuchende werden regelmässig von einer Unterkunft in die andere transferiert, um zu verhindern, dass sie soziale Beziehungen knüpfen können. Man will sie damit zum Untertauchen oder zur Ausreise aus der Schweiz zwingen.»

Das EVAM benutzt die Unterbringung als Druckmittel. Es behandelt die ihm anvertrauten Menschen wie Warenposten. Asylsuchende werden regelmässig von einer Unterkunft in die andere transferiert, um zu verhindern, dass sie soziale Beziehungen knüpfen können. Man will sie damit zum Untertauchen oder zur Ausreise aus der Schweiz zwingen. Diese strafende Logik trifft Personen mit physischen oder psychischen Gesundheitsproblemen besonders hart. Ihr Leben wird so aufs Spiel gesetzt.

Was eigentlich schockieren sollte, ist mittlerweile banal und geläufig geworden. Der Protest des Kollektivs hat keine Reaktionen bei den Medien und der politischen Klasse hervorgerufen. Der Widerstand muss daher aus der Zivilgesellschaft kommen. Die 500 Personen, die am gleichen Tag in Lausanne demonstrierten, machten deutlich, dass sie

diese Entmenschlichung ausländischer Personen nicht akzeptieren.

Gegen diese gewaltsamen Praktiken im Namen des Nothilfesystems ist Widerstand dringend geboten. Das Nothilfesystem insgesamt ist schnellstmöglich abzuschaffen, das Recht auf Arbeit und Bildung muss wieder hergestellt werden. Wir fordern eine respektable Unterbringung und ein würdiges Leben für alle und werden die Praktiken des EVAM und anderer weiter anprangern.

Collectif du 11 juin

Mehr dazu: <http://appel11juin.blogspot.ch>

VOM GURTEN NACH CALAIS

Zelte für Freiheit

Seit rund zwei Jahrzehnten finden sich im nordfranzösischen Calais Menschen ein, die dem Dublin-System zu entkommen versuchen, indem sie über den Ärmelkanal oder durch den Tunnel Grossbritannien zu erreichen versuchen. Nach der Schliessung des offiziellen Camps Sangatte vor zwölf Jahren entwickelten die MigrantInnen und deren UnterstützerInnen minimale Überlebensstrukturen, die im Mai/Juni 2014 von den französischen Behörden zerstört wurden. Allein im laufenden Jahr starben vor Ort mindestens acht Menschen an den Folgen der miserablen Lebensverhältnisse. Als die Betroffenen mit Besetzungen und Hungerstreiks gegen die Zerstörung ihrer prekären Behausungen protestierten, reagierten die Behörden mit brutaler Härte: Sie verhafteten am 2. Juli mehr als 600 Menschen und schafften sie aus.

«Calais Migrant Solidarity» organisierte daraufhin nicht nur Demonstrationen, sondern rief auch dazu auf, Zelte, Decken und anderes Material für den Ersatz der zerstörten und beschlagnahmten «Infrastruktur» zu sammeln. Gesagt, getan: Am Sonntag, dem 20. Juli, ging das Gurtenfestival zu Ende, am Montag standen wir frühmorgens auf dem Zeltplatz und retteten etwa sechzig Zelte, ein Dutzend Matten und ein halbes Dutzend Schlafsäcke. Weiteres Material sammelten wir in den folgenden drei Wochen in der Berner Autonomen Schule denk:mal. Wenn dieses Bulletin erscheint, sind die Waren bereits in Calais angekommen – zusammen mit weiteren, von der Luzerner Gruppe MondoJ gesammelten Überbleibseln der Open Air-Festivals St.Gallen und Frauenfeld.

Erstaunlich war auch das Medienecho der Aktion: In der überraschend breiten Berichterstattung konnten wir auch auf die perversen Folgen der europäischen Migrationspolitik – speziell in Calais – hinweisen, was uns in all den vergangenen Jahren nur selten gelungen war: Am und im Ärmelkanal und im Tunnel darunter



«Power to the people»

KURZ UND KLEIN



sterben Menschen, weil sie entsprechend behördlicher Anweisung Schengenland verlassen wollen. Zynischer geht's nicht.

Salvatore Pittà

Weitere Infos:

<http://calaismigrantsolidarity.wordpress.com>

DEMO ZUM FLÜCHTLINGSTAG 2014

«Widerstand statt Spaltung»

«Widerstand statt Spaltung» – das war der Slogan der antirassistischen Demonstration zum diesjährigen Flüchtlingstag. Rund 500 Personen gingen in Bern auf die Strasse, darunter Leute aus antirassistischen Kollektiven und verschiedenen MigrantInnen-Communities aus der ganzen Schweiz, die sich trotz teilweise völlig verschiedenen Lebenssituationen und Forderungen entschieden haben, gemeinsam aufzutreten und gegen die europäische Migrationspolitik anzukämpfen: Über 100 SyrerInnen machten auf ihre Situation in den Asylunterkünften der Schweiz aufmerksam: Mit N-Ausweisen warten sie teils seit Jahren auf eine Antwort der Behörden, während in ihrem Land ein nicht endender Krieg wütet. ÄthioperInnen erzählten von den Haftbedingungen in den überfüllten äthiopischen Gefängnissen. Jedes ist eingeteilt in acht Zonen, wobei die Zone 8 jeweils für politische AktivistInnen reserviert ist. Raus kommt man dort nicht mehr. Dennoch werden Asylgesuche von ÄthioperInnen in der Schweiz meist abgelehnt. Die Flüchtlinge müssen sich hier als Illegalisier-

te durchschlagen oder werden in die Notunterkünfte gesteckt.

Die Demo verstand sich darüber hinaus auch als Teil einer transnationalen Mobilisierung. So solidarisierten sich Demonstrierende in ihren Voten beispielsweise mit dem «March for Freedom», der zeitgleich in Brüssel eintraf (siehe S. 2 und 3).

Stark war diese Demo wegen des Gemeinsamen. «Wir alle», so stand auf dem Flyer, «wehren uns gegen die rassistische Asyl- und AusländerInnenpolitik. Wir tragen unseren Widerstand gemeinsam auf die Strasse!» Das ist gelungen und bei allen Klassifizierungs- und Spaltungsversuchen der europäischen Migrationspolitik ist das nicht wenig.

(Wi)

VOR DEM KANTONSGERICHT

Das nackte Überleben

Im Zug auf dem Weg zur Urteilsberatung las ich einen Zeitungsartikel über Veganer. Darüber was man isst, ist ein Glaubenskrieg entstanden, der auf das, was man nicht isst, fokussiert ist. Die Rechte des Tieres stehen im Mittelpunkt der Debatte. An der Urteilsberatung, an der ich an Stelle eines Anwalts teilnehmen konnte, ging es auch um das Nicht-Essen: Welches ist das Minimum an Nahrung, das einem Menschen das Überleben gewährleistet? Reichen dafür die täglichen acht Franken Nothilfe? Die fünf Richter, alle gestandene und gesetzte Männer um die Sechzig, erachteten diese acht Franken zwar als gering – einer sagte: «schockierend wenig» – doch sei dieser Unterhaltsbetrag für wegweisene Personen gerechtfertigt. Der Anwalt hatte mit seiner Beschwerde eine Berechnung

des Kantonsspitals eingegeben, die einen Wert von Fr. 13.50 für den täglichen Minimalbedarf an Nahrungsmitteln festlegte. Doch einen Speisezettel mit etwas Fisch oder Fleisch erachteten die fünf Richter als zu opulent. Nicht weil sie tierlieb waren, sondern weil sie dem Ausländer bloss das «nackte Überleben» zugestehen wollten. Das nackte Überleben in Menschenwürde, ohne den Ausländer zum Betteln, jedoch um ihn zum Ausreisen zu zwingen. Der Ausländer könne ja, so meinten die Richter wiederum unisono, zusätzliche Leistungen von Hilfsorganisationen beanspruchen. Jedenfalls vermöge der Beschwerdeführer nicht zu beweisen, dass die acht Franken – der Betrag ist wohl gemerkt seit einem Jahrzehnt nie der Teuerung angepasst worden – für den täglichen Bedarf nicht ausreichen. Welcher Beweis wäre wohl ausreichend, frage ich mich. Müssten wir unsere strafbaren Handlungen der ergänzenden



IMPRESSUM

**BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES
erscheint viermal jährlich**

**Auflage dieser Ausgabe:
2950 deutsch / 600 französisch
Beglaubigte Auflage WEMF:
2854 deutsch / 550 französisch**

**Gestaltung und Satz: Simone Kaspar de Pont,
Genève
Druck und Versand: Spescha Luzzi, Ilanz
Redaktion: Heiner Busch (Bu), Amanda Ioset
(Io), Moreno Casasola (Ca), Maria Winker (Wi),
Gisela Grimm
Übersetzungen: Sylvie Colbois (médiatrice),
Olivier von Allmen
Lektorat: Sosf
Fotos: Bleiberecht Bern, Aurélie Schopfer**

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
6. Oktober 2014
Wir behalten uns vor,
LeserInnenbriefe zu kürzen**

**Mitgliederbeitrag 2014 inkl. Abo:
70.– Verdienende / Fr. 100.– Paare /
Fr. 30.– Nichtverdienende /
120.– Organisationen
Abo: Einzelpersonen 30.– /
Organisationen 50.–**

**Herausgeberin:
Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9**

**3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)
Fon 031 311 07 70
Fax 031 312 40 45
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch
PC-Konto 30-13574-6**

KURZ UND KLEIN



Leistungen an Nothilfebezüger (juristisch: Förderung des rechtswidrigen Aufenthalts», Art. 116 AuG) einstellen, um den Beweis zu erbringen? Und wäre dann die aus Mangelernährung entstehende Krankheit wirklich Beweis genug? Weshalb nehmen die Richter in Kauf, dass wir gegen die Strafbestimmung der Aufenthaltserleichterung für Sans-Papiers verstossen, um das «nackte Überleben» zu gewährleisten? Diese meine Fragen war ich nicht befugt zu stellen. Keiner der fünf Richter stellte sie. Die Zustimmung war einhellig und das Urteil wurde kurz vor Mittag einstimmig gefällt. Dem Anwalt wurde noch rasch sein ihm zustehendes Honorar gekürzt, dann wurden wir verabschiedet. Niemand wünschte «en Guete», das dann doch nicht!

Anni Lanz

ADMINISTRATIVHAFT

Kampagne «Ma Genève»

Im Rahmen der Restrukturierung des Asylwesens durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ist vorgesehen, stärker auf die Administrativhaft zurückzugreifen. Der Bund will sich an der Finanzierung von 500-700 neuen kantonalen Ausschaffungshafthäusern beteiligen und selbst die Führung so genannter Ausreisezentren übernehmen, bei denen es sich zwar nicht um Ausschaffungsgefängnisse, aber mit ziemlicher Sicherheit um mehr oder weniger geschlossene Zentren handeln wird.

Wie wir in der letzten Ausgabe des Bulletin berichteten, will der Kanton Genf sich im Kontext des Restrukturierungsprojekts als Drehscheibe für die Administrativhaft und den Ausschaffungsvollzug in der Romandie spezialisieren. Er will 168 neue Haftplätze schaffen und hat sich zudem bereit erklärt, eines der Ausreisezentren des Bundes für insgesamt 260 Personen auf seinem Territorium unterzubringen.

Gegen dieses gross angelegte repressive Projekt hat sich Widerstand formiert. «Stop-exclusion» – das Genfer Netzwerk gegen Ausgrenzung und Xenophobie – hat im Juni die Kampagne «Ma Genève» lanciert, die sich gegen den Bau neuer administrativgefängnisse richtet. In deren Zentrum steht eine Petition, in der es heisst: «Ein solches Riesengefängnis für Leute, die nichts anderes getan haben, als ein Asylgesuch zu stellen, oder die keine Aufenthaltsbewilligung haben, hat in Genf nicht zu suchen.»

Partizipiert an der Kampagne! Unterschreibt die Petition unter: www.magenève.ch

(Io)

KIOSK

BLEIBE-GUIDES FÜR BASEL UND ZÜRICH

Städteführer der anderen Art

«Antirassistisches Handbuch für einen Zugang zum Stadtraum unabhängig vom Einkommen und Aufenthaltsstatus» – das ist der etwas lang geratene Titel des «Bleibe-Guide», den das Basler Bleiberechtskollektiv herausgegeben hat. Der Titel ist durchaus Programm: Unter 17 Rubriken liefert die Broschüre nützliche Adressen (samt Angebot, Öffnungszeiten etc.) und Ratschläge nicht für alle, aber für ziemlich viele Lebenslagen, von A wie Arbeit über Bildung, Essen, Frauen/Männer, Hilfe/Beratung, Kommunikation/Internet bis W wie Wohnen. Sämtliche Infos gibt es auf Deutsch, Französisch, Spanisch und Englisch, die Rubriktitel zusätzlich in weiteren Sprachen. Brauchbar ist dieser Stadtführer nicht nur für Sans-Papiers und ImmigrantInnen, sondern für alle, die gezwungen sind, in prekären Verhältnissen zu leben. In diesem Sinne ist der Guide auch ein Stück praktische Kritik an den bestehenden Verhältnissen, die Menschen nach Einkommen und Aufenthaltsstatus einteilen, sie fragmentieren und isolieren, an der schweizerischen Ausprägung des europäischen Migrationsregimes und der kapitalistischen Verwertungslogik.

**Den Basler Bleibe-Guide gibt es gratis:
Als gedruckte Broschüre (120 Seiten) ist er an diversen Orten in Basel zu haben: in der Anlaufstelle für Sans-Papiers, im Planet 13, bei der IGA, in der bblackbox und der Gassenküche, im Schwarzen Peter, in einigen Kirchgemeinden und Quartierstreffpunkten, etc.**

**Herunterladen kann man ihn als pdf unter <http://bleibeguide.noblogs.org/>.
Unterstützen kann man das Projekt durch eine Spende auf das Postcheque-Konto von «Bleiberecht für alle Basel» 60-515139-7.**

**Bereits 2010 hat die Ateliergruppe der Autonomen Schule einen «Bleibeführer» für Zürich erstellt, den man für Fr. 25.– online bestellen kann unter <http://bit.ly/1yF5Rtc>.
Mit dem Preis werden Gratisexemplare für Sans-Papiers finanziert.**

(Bu)

AUSSCHAFFUNGSHAFT IN DEUTSCHLAND

Haft ohne Straftat

Die Flüchtlingsräte Brandenburgs und Schleswig-Holsteins haben zusammen mit der Humanistischen Union einen umfangreichen Reader zu den nationalen und EU-rechtlichen Grundlagen und den tatsächlichen Bedingungen der Ausschaffungshaft in Deutschland vorgelegt. Hintergrund der Veröffentlichung war, dass seit 2011 in diversen Bundesländern rot-grüne Regierungen in Amt und Würden gekommen waren und deshalb die Chance bestand, dass die neue Mehrheit im Bundesrat, der Länderkammer, eine Initiative zur Abschaffung oder mindestens Eingrenzung der Administrativhaft ergreifen würde. Bei Erscheinen des Bandes Ende 2013 war auf politischer Ebene jedoch nicht viel passiert. Die wenigen Änderungen stellten vor allem eine Reaktion auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dar. Am Ende des Bandes skizzieren Beate Selders, Andrea Dallek und Helga Lenz deshalb noch einmal mögliche und nötige «Schritte zur Abschaffung der Abschiebungshaft», quasi ein Arbeitsprogramm für willige Bundestags- und Landtagsabgeordnete und diejenigen Landesregierungen, die zuvor in ihren Koalitionsvereinbarungen grossspurige Ankündigungen gemacht hatten.

Für das hiesige Publikum ist das Buch aber nicht nur deshalb spannend, weil es sich immer mal wieder lohnt, über den schweizerischen Tellerrand zu schauen, sondern auch, weil sich hier auch Ausführungen zur Rückführungsrichtlinie und ein Überblick zur neuen Dublin-Verordnung finden, die auch für die Schweiz gelten.

(Bu)

Flüchtlingsräte Brandenburg und Schleswig-Holstein, Humanistische Union (Hg.):

Haft ohne Straftat. Fakten und Argumente gegen die Abschiebungshaft, Berlin 2013, 220 Seiten; gedruckte Version bestellen (gegen Portokosten) oder gratis-download unter <http://bit.ly/1pRctCA>.

ANZEIGE

Wo
Drucksachen
entstehen.

SPESCHA
STAMPA.CUMPOSIZIUM
LUZZI

Städtlistrasse 18
7130 Ilanz

+41 (81) 925 20 44
info@speluz.ch
www.speluz.ch

Tschüss Moreno, bis bald!

Von Sommer 2010 bis Sommer 2014 war Moreno Casasola Generalsekretär von Solidarité sans frontières.



Seine Nachfolgerin Amanda Ioset hat bereits ihre Stelle angetreten, sein Abschiedspéro ist auch schon eine Weile her und das grosse Interview in der WOZ ist Mitte Juli erschienen. An seinem letzten Arbeitstag beschleicht Moreno Casasola nun doch ein «mulmiges» Gefühl: «Die vier Jahre sind wahnsinnig schnell vergangen, so schnell wie noch kein anderer Abschnitt in meinem Leben.» Kein Wunder: Ruhige Zeiten gab es in der Asyl- und Migrationspolitik der letzten Jahre kaum, und Stillsitzen passt ohnehin nicht zu Casasolas Naturell. Im Juni 2010, einen Tag vor der grossen Demo gegen Rassismus und Ausgrenzung, hatte ihn der Sosf-Ausschuss gewählt – unter anderem wegen seines Engagements in diversen Basisgruppen und seines offenkundigen Organisationstalents.

Casasola organisierte in der Folge Veranstaltungen und Feste, grosse Demos und fantasievolle kleine Aktionen, plante Unterschriftensammlungen und sammelte unbeirrbar selbst, verhandelte mit ParlamentarierInnen, ging zu Pressekonferenzen, schlug sich durch das Gewirr der Bündnissitzungen, gab Medienleuten Auskunft, schrieb Artikel, kreierte Plakate – mal mit Fleischwolf, mal mit Lyoner in Scheiben, mal mit Playmobilfigürchen... «Ich hatte das Gefühl, ich müsste überall noch mehr machen.»

Was hat sich in den vier Jahren verändert? «Die öffentliche Auseinandersetzung ist noch verbissener geworden. Wer nur Zeitung liest, muss dieses Land für furchtbar halten. Man wünscht sich fast ein Berichterstattungsmoratorium.» Eine positive Haltung gegenüber MigrantInnen fände sich fast nur noch bei der WOZ und beim Courier, sagt Casasola, und ärgert sich darüber, dass die SVP seitenlange Berichte einheimst mit der blossen Ankündigung der nächsten Asyl-Abschaffungsinitiative.

Die Blocher-Partei habe mit ihren Initiativen die harte Stossrichtung gesetzt, aber die «Mitte» habe jedes Selbstvertrauen verloren und schwimme mit. An dieser politischen Stimmung änderten auch die sozialdemokratische EJPd-Vorsteherin und ihr BFM-Chef Mario Gattiker nichts. «Zwischen Dubois-Reymond und Gattiker liegen zwar sprachliche Welten: Der eine machte eine Task Force für Zwangsausstaffungen nach

Nigeria, der andere eine Migrationspartnerschaft. Das hört sich besser an. Aber wo ist der reale Unterschied?»

Die Rechte bewirtschaftete die irrationale Angst vor einem ökonomischen Abstieg, und das obwohl es der schweizerischen Gesellschaft insgesamt doch sehr gut geht. Diese Angst erkläre die fehlende Empathie für Leute, denen es wirklich schlecht geht – egal ob es nun Junkies am Bahnhof oder eben Flüchtlinge sind. «Das Absurde dabei ist, dass der Empathieverlust stattfindet, ohne dass man diese Menschen jemals wirklich sieht.» Genau hier liege auch das Störende an Sommarugas Asyl-Projekt: «Das Ausschalten der Begegnung. Die Konsumentenschutzperspektive. Der besorgte, ängstliche Bürger muss vor den Asylsuchenden geschützt werden.»

Gemessen an seinen Erfahrungen stehe die öffentliche Debatte im Widerspruch zum tatsächlichen Menschenbild der Schweizer Bevölkerung, meint Casasola. Als Gegengift zur öffentlichen Hetze brauche es deshalb die Begegnung mit den MigrantInnen. Diese zu fördern und Aufklärung zu betreiben sei daher unsere wichtigste Aufgabe. «Wer sich nur einmal mit einem abgewiesenen Asylsuchenden unterhält, sieht plötzlich wieder eine Person statt einer reisserischen Schlagzeile.»

Freunde aus der SP hätten ihm nach seinem WOZ-Interview fehlende Kompromissbereitschaft attestiert. «Aber wenn man die Perspektive der Betroffenen einnimmt, dann gibt es in Migrationsfragen eben keine Kompromisse: Wie soll das gehen? Nur ein bisschen Ausschaffung, ein bisschen weniger Ausgrenzung? Es bleibt trotzdem ungerecht. Und wenn es um Gerechtigkeit geht, gibt es keine Verhandlungsmarge und daher auch keine Kompromisse.»

(Bu)

«Wenn es um Gerechtigkeit geht, gibt es keine Verhandlungsmarge und daher auch keine Kompromisse.»

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Sosf-Forum

Das nunmehr dritte Forum von Solidarité sans frontières findet am

11. Oktober in Bern statt und befasst sich mit dem Thema «Nationalismus».

Das Programm und sämtliche Details finden sie auf www.sosf.ch.

Kundgebung gegen Ecopop

Im Rahmen seiner Abstimmungskampagne organisiert das Komitee

«Für eine solidarische Schweiz – Nein zu Ecopop» am 1. November eine Grosskundgebung auf dem Bundesplatz in Bern. Mehr Infos: www.nein-zu-ecopop.ch.